

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	298
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	319/2017
		GZ:	T
Sitzungstermin:	11.07.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Kappallo / de		
Betreff:	Sicherheit in Straßentunneln Tunnelüberwachungszentrale für die Stuttgarter Straßentunnel - Stand der aktuellen Planungen		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Technischen Referats vom 04.07.2017, GRDRs 319/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Hill (CDU) stellt eine Frage, wie die Sicherheit in Straßentunneln bisher gewährleistet worden sei und wie es sein könne, dass der sichere Betrieb in den Haushaltsberatungen verhandelt werde. Dieser Fragestellung schließen sich StR Körner (SPD) und StR Zeeb (FW) an. Auf eine Frage von StRin Munk (90/GRÜNE) nach den Kosten für die Interimslösung und warum sich diese nicht vermeiden lasse, antwortet Herr Schanz (TiefbA), in der Vorlage sei dies missverständlich formuliert worden. Die zukünftige Tunnelüberwachung werde im SIMOS-Gebäude angesiedelt. Der endgültige Standort der Überwachungszentrale werde nach Fertigstellung des Rosensteintunnels, dort sein. Im Moment gebe es die Interimslösung, da die Störmeldezentrale und die Überwachungszentrale erst nach Fertigstellung der Betriebsräume des Rosensteintunnels zusammengelegt werden können. Die Störmeldezentrale werde aktuell von der EnBW und zukünftig im SIMOS gemeinsam mit der Feuerwehr betrieben. Nach Aufnahme des Betriebs im Rosensteintunnel sollen die Signal- und Tunnelstörungen gemeinsam bearbeitet werden.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-Plus) merkt an, die Vorlage zeige die hohen Folgekosten von Tunnellösungen im Straßenbau auf. Der Vorsitzende erwähnt, bisher habe die Polizei die Überwachung von Tunneln freiwillig geleistet. Die Polizei sei vom Land angehalten worden, in sämtlichen Tunneln des Landes diese Leistung einzustellen. Aufgrund dessen falle die Aufgabe dem Straßenbaulastträger zu. Verwaltungsintern seien die finanziellen Mittel in die rote Liste aufgenommen worden. Er gehe von einer Bewilligung im Haushalt aus, da es sich um eine zwingende Notwendigkeit handle. Aktuell gehe es ausschließlich um Kenntnisnahme, da es eine Veränderung der Situation darstelle. StR Hill meint nach Erörterung durch Herrn Schanz, in den Haushaltsberatungen müsse sich über Spielräume und nicht über Selbstverständlichkeiten ausgetauscht werden. StR Ozasek fragt nach Kompensationsmöglichkeiten der hohen Folgekosten durch das Land. Der Vorsitzende stellt klar, die Kommune habe all die Jahre Glück gehabt, da es sich zu keinem Zeitpunkt um eine Aufgabe des Landes gehandelt habe. Es sei eine freiwillige Leistung der Polizei gewesen, die es nun nicht mehr gebe.

BM Thürnau stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat von der GRDRs 319/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / de

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Tiefbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
Branddirektion (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN